



Über die Verflechtungen von Religion und Politik in der Ukraine informierten Christian Wehrschütz (r.) und Dietmar W. Winkler. Moderiert wurde der spannende Abend von ORF-Landesdirektor Christoph Takacs (l.).

Foto: RB/roi

DIE UKRAINE



ist der zweitgrößte Staat in Europa. Auf 603.700 Quadratkilometern leben rund 43 Millionen Menschen. Rund 75 Prozent der Ukrainer gehören orthodoxen Kirchen an. Die 1596 entstandene ukrainische griechisch-katholische Kirche, die mit Rom uniert ist, zählt rund 5,5 Millionen Gläubige, hauptsächlich im Westen des Landes. Daneben gibt es rund 2 Millionen Muslime (4 Prozent), 1,1 Millionen römisch-katholische Christen (2,4 Prozent vor allem Polen und Deutsche) sowie 1,2 Millionen evangelische Christen (2,7 Prozent), darunter als größte protestantische Gruppe die Baptisten, und etwa 300.000 Juden.

Orthodoxer Kirchenstreit

Kirchenkonflikt. Am 15. Dezember 2018 hat sich in Kiew eine neue ukrainisch-orthodoxe Kirche gegründet. Am 6. Jänner 2019 erkannte der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., diese als neue „autokephale (eigenständige) Schwesterkirche“ an. Die Sektion Salzburg der ökumenischen Stiftung Pro Oriente lud zum Informationsabend über die kirchlichen und politischen Hintergründe dieser Entwicklung und ihre weitreichenden Folgen.

Salzburg. Der ORF-Korrespondent für die Ukraine, Christian Wehrschütz, ist einer der bestinformierten Journalisten über die politische und auch die kirchliche Lage in der Ukraine und die Wechselbeziehung zwischen den beiden Bereichen. Seit dem „Vereinigungskonzil“ vom 15. Dezember 2018, bei dem sich zwei zuvor schismatische Gruppierungen – das „Kiewer Patriarchat“ und die „Ukrainische autokephale orthodoxe Kirche“ – zur neuen „Orthodoxen Kirche der Ukraine“ vereinigten, der am 6. Jänner 2019 vom Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel die Autokephalie (Selbstständigkeit) verliehen wurde, gibt es in dem osteuropäischen Land zwei kanonische orthodoxe Kirchen: Die nach wie vor zahlenmäßig bedeutendere ukrainisch-orthodoxe Kirche (des Moskauer Patriarchats) und die „Orthodoxe Kirche der Ukraine“, der die volle Unterstützung

der herrschenden Politik gilt; allen voran von Präsident Petro Poroschenko, der bei der Präsidentenwahl am 31. März um seine Wiederwahl bangen muss.

Umfragen zufolge liegen die frühere Ministerpräsidentin der Ukraine, Julija Tymoschenko, und der Schauspieler Wolodymyr Selenskyj in der Wählergunst derzeit vor Poroschenko. Umso mehr instrumentalisiert er die Gründung der ukrainisch-orthodoxen Nationalkirche im Wahlkampf und präsentiert ihn mangels größerer wirtschaftlicher und sozialer Fortschritte für die Bevölkerung als seinen Erfolg. „Die religiöse Frage spielt deshalb im laufenden Wahlkampf eine große Rolle“, machte Wehrschütz deutlich. Denn Poroschenko stützt sich im Kampf um seine Wiederwahl auf die Bereiche Armee, Sprache, Kirche, die wichtigsten Pfeiler bei der Bildung eines ukrainischen Nationalstaats.

Rückschläge für Ökumene

Die orthodoxe Kirche ist die letzte bedeutende Institution, die die Ukraine mit Russland verbindet, machte der Ostkirchenexperte Dietmar W. Winkler vom Zentrum zur Erforschung des Christlichen Ostens deutlich. Umso mehr will Kiew eine von Moskau unabhängige Kirche. Eine eigenständige, geeinte ukrainisch-orthodoxe Kirche werde den „nationalen Geist“ stärken, ist Poroschenko überzeugt und hat die Gründung einer Nationalkirche kräftig unterstützt; mit Rückendeckung durch das Parlament und von Patriarch Filaret, bis 2018 Patriarch der ukrainisch-orthodoxen Kirche – Kiewer

Patriarchat. Der scheute sich nicht, eine Parallele zum Militär zu ziehen: „Genauso wie es keinen Staat ohne Armee geben kann, kann ein Staat auch nicht ohne Kirche bestehen.“ Nicht zuletzt deshalb führte der ukrainische Kirchenstreit auch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Patriarchaten von Moskau und Konstantinopel.

Der Vorsitzende von Pro Oriente Salzburg gab einen Einblick in die Entwicklung des orthodoxen Christentums seit seinen Anfängen 988, als Großfürst Wladimir I. (der Heilige) die Rus zum orthodoxen Glauben bekehrte. Das Patriarchat von Moskau sieht sich in dessen Nachfolge. Die russisch-orthodoxe Kirche betrachtet deshalb alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion als ihr kanonisches Territorium – ausgenommen Armenien und Georgien. Bisher hat Konstantinopel auch lediglich in Estland eine eigenständige orthodoxe Kirche anerkannt, was einen heftigen Konflikt mit dem Moskauer Patriarchat auslöste. Bis heute konkurrieren in der Baltenrepublik zwei orthodoxe Kirchen miteinander – eine des Moskauer Patriarchats und eine des Patriarchats von Konstantinopel. Das droht nun auch in der Ukraine, dramatische Auswirkungen auf die Einheit der weltweiten orthodoxen Kirche inklusive.

Und auch Auswirkungen auf das Gespräch zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche und damit der Arbeit von Pro Oriente, fürchtet Winkler. So sind etwa die Bischöfe der russisch-orthodoxen Kirche in Deutschland mittlerweile aus der Orthodoxen Bischofskonferenz ausgetreten. roi